

Ich komme zum Schluß, meine Damen und Herren: Hierüber – das, was Hermann Weber vorgetragen hat, und natürlich viel mehr, als ich in dieser kurzen Zeit vortragen kann – habe ich, haben andere vor dreißig Jahren geschrieben, und es gibt über das, was wir bis zu diesem Zeitpunkt wußten, ein umfangreiches Schrifttum, das ich über Jahre – tätig im Gesamtdeutschen Institut in Bonn – auch noch selber mit begleitet und vertrieben habe, so daß ich eigentlich mit einem Appell enden möchte, der vielleicht von der Enquete-Kommission ausgehen könnte: Wir müssen, soviel ich weiß, nicht alles völlig neu entdecken. Ich halte es für wichtig, wenn von hier der Impuls ausginge, eine Menge von diesem Bekannten in erschwinglichen, preiswerten, vielleicht sogar vom Staat initiierten Sonderschriften unseren neuen Bundesbürgern zur Kenntnis zu bringen. Denn bei dem herrschenden Nichtwissen über so viele Details, über die wir ja nicht reden durften – gerade die Emigranten- und Flüchtlingsliteratur stand ja auf dem Index und gehörte zu der Literatur, die ihm am härtesten unterworfen war –, könnte man dadurch noch eine Menge an Informationen erst einmal vorgeben. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Schenk, auch für Ihren Hinweis auf den unterschiedlichen Wissensstand Ost/West, was Details und Interna der SED angeht.

Wir kommen zum dritten Zeitabschnitt, und zwar zu den sechziger und siebziger Jahren. Wir hören dazu Herrn Professor Seiffert aus Kiel. Danach haben die Mitglieder der Enquete-Kommission die Möglichkeit, alle drei Referenten zu befragen.

Bitte, Herr Professor Seiffert!

Prof. Dr. Wolfgang Seiffert: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die sechziger und siebziger Jahre, über die ich hier etwas sagen soll, sind angefüllt mit Ereignissen, die das Schicksal der DDR in sehr wichtigen Fragen und Entscheidungen betroffen haben, wie der Mauerbau 1961, das „Neue Ökonomische System“ – von etwa 1963 bis 1971 –, die Annahme der zweiten Verfassung der DDR 1968 und ihre Revision 1974, der Wechsel von Ulbricht zu Honecker 1971, der neue Freundschafts- und Beistandsvertrag der DDR mit der UdSSR 1975, der Abschluß des Grundlagenvertrages mit der Bundesrepublik Deutschland 1972, die neue Krise der DDR 1976 bis etwa 1979/1980.

Ich selbst habe in dieser Zeit zunächst an der Juristischen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität, später als ordentlicher Professor für internationales Wirtschaftsrecht und Rechtsvergleichung und Direktor des Instituts für ausländisches Recht und Rechtsvergleichung an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR in Potsdam-Babelsberg gearbeitet, war Vizepräsident der Gesellschaft für Völkerrecht der DDR und habe in der „Rechtsberatung“ – wie es offiziell hieß, aber vielleicht in besserer deutscher

Übersetzung: in der juristischen Kommission – des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in Moskau von 1967 bis 1977 gewirkt.

Es ist natürlich nicht möglich, auf alle diese Ereignisse hier einzugehen. Außerdem möchte ich darauf hinweisen, daß ich keine staatlichen Funktionen hatte, sondern aus dieser Tätigkeit im Wissenschaftsbereich der DDR heraus auf speziellen Gebieten die Dinge etwas subjektiv sehe. Aber als Wissenschaftler insbesondere auf dem Gebiet des Staats-, Völker- und Wirtschaftsrechts versuche ich natürlich, die Dinge etwas prinzipieller auf den Punkt zu bringen. Auch deshalb nutze ich die Gelegenheit dazu, weil jetzt ja viel Literatur erscheint und sich viele mit der vergangenen DDR befassen – da hat Herr Schenk als mein Vorredner völlig recht –, die vieles nicht gelesen haben, was darüber alles schon erschienen ist, und man trifft da auf alle möglichen neuen, längst widerlegten und eigentlich unhaltbaren Thesen über die Entwicklung und das Schicksal der DDR.

Vielleicht kann ich bei dieser Gelegenheit meiner persönlichen Biographie noch eines hinzufügen, was in der Öffentlichkeit manchmal völlig falsch dargestellt worden ist: Ich bin nicht aus der DDR geflohen; ich bin kein Republikflüchtling gewesen. Ich bin auch nicht bei einer wissenschaftlichen Veranstaltung in der Bundesrepublik einfach weggeblieben, sondern ich hatte eine offizielle Einladung zu einer Professur an der Universität Kiel erhalten. Die habe ich angenommen und habe sie dann – da lernen Sie gleich ein Beispiel kennen, wie die Hierarchie „SED-Staat“ in der damaligen DDR funktioniert hat – offiziell dem Rektor der Akademie in Babelsberg vorgelegt; der hat – als ich daruntergeschrieben hatte: „Ich nehme diese Einladung an.“ – die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen und gemeint, das könne er nicht entscheiden.

Es ist dann auch in diesem Hause entschieden worden – nicht in diesem Saal, aber eben in diesem Gebäude –, und zwar von drei Personen in einer gemeinsamen Sitzung: Herr Honecker, Herr Mielke und Herr Mückenberger. Bei den ersten beiden brauche ich nicht darzustellen, wer das gewesen ist. Manche werden vielleicht nicht wissen, wer Herr Mückenberger war: das war der Vorsitzende der SED-Partei kontrollkommission, und da ich der SED angehörte, lag es sozusagen auf der Hand, daß auch dieser Herr an der Entscheidung mitwirkte.

Ich will jetzt keinen Roman über diese ganze Sache erzählen – das würde auch viel zu lange dauern –, aber man hat sich dort darauf geeinigt, es sei besser, diesen Wissenschaftler aus der DDR herauszulassen, als ihn weiter in der DDR zu behalten. Denn nachdem er der Universität Kiel schon mitgeteilt hatte, daß er die Professur annehme, würde das nur einen politischen Eklat geben, und wenn man ihn hier behielte und nicht reisen ließe, könnte man ihn ohnehin nicht mehr als Professor herumlaufen lassen, und wahrscheinlich – dieser Meinung war Honecker damals – würde er ein neues Oppositionszentrum

werden – siehe Havemann –, und dann würden wir, die SED, ihn hinaushaben wollen, und er würde nicht mehr gehen wollen. Folglich war man der Meinung, man sollte ihn lieber hinauslassen.

Ich bin also auf ganz normalem Wege von der einen deutschen Universität an die andere deutsche Universität per Eisenbahn gewechselt.

Daß dies aber nicht ohne die SED ging, lag an dem System, und damit komme ich zum Thema.

In dem Zeitraum, der hier für meine Darstellung vorgesehen ist, kam es zu einem verstärkten Ausbau der SED als dem Zentrum des politischen Systems der DDR. Zum grundlegenden Verständnis ist es nach meiner Auffassung allerdings notwendig, hier und da – da unterscheide ich mich ein bißchen von den beiden Vorrednern, ohne gegen sie zu polemisieren – vielleicht die Akzente etwas anders zu setzen und Präzisierungen vorzunehmen, denn nach meiner Erfahrung und Analyse ist die SED zu keinem Zeitpunkt ihrer Existenz eine Staatspartei gewesen, sondern nach ihrer Struktur und Funktion eine über Staat und Recht stehende Organisation, die Anspruch auf die uneingeschränkte Macht über alle Teile des Gesamtsystems erhob und in gewissem Umfange auch durchgesetzt hat.

Das oberste Herrschafts- und Entscheidungszentrum war das Politbüro, das alle Macht bei sich konzentrierte. Bei solchem Anspruch und solcher Realität blieb für Staat, Recht, Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft nur noch die Funktion, Element, Bestandteil, Instrument eines einheitlichen Mechanismus zu sein, der dem Willen des Zentrums unterworfen ist.

Dies verringert nicht die Verantwortung solcher Institutionen wie des Ministeriums für Staatssicherheit, des Nationalen Verteidigungsrats, der Justiz usw., aber es schließt einfach die Möglichkeit aus, einzelne Elemente des Systems zur Rechenschaft zu ziehen, die Zentrale, das Haupt, aber ungeschoren zu lassen. Es gab kein MfS, keine „sozialistische Justiz“, keine „Urteile gegen Klassenfeinde“, ohne daß das Politbüro der SED dies gewollt hätte.

Die SED war auch zu keinem Zeitpunkt eine Partei im herkömmlichen Sinne eines parlamentarisch-demokratischen Systems, und sie wollte das in ihrem eigenen Selbstverständnis auch überhaupt nicht sein. Sie wollte sich ganz bewußt von parlamentarischen Parteien unterscheiden und ist ja, wenn man ihre Ursprünge bis auf die Kommunistische Partei 1919 zurückführt, überhaupt im Widerspruch und in Abgrenzung zu den Parteien des parlamentarisch-demokratischen Systems entstanden. Deshalb war die SED in bewußter Abgrenzung zu solchen Parteien als ein politischer Orden mit eigener Weltanschauung, entsprechender Hierarchie, mit Ordensregeln und einer eisernen Disziplin der bedingungslosen Unterwerfung aller Mitglieder unter die von oben nach unten gefaßten Beschlüsse organisiert, jede Fraktionsbildung war verboten und ein Austrittsrecht eines einzelnen Mitgliedes bis zu einem bestimmten Zeitpunkt im Statut der SED überhaupt nicht vorgesehen. Das ist

erst hineingekommen, als immer mehr Bürger der DDR, die Mitglied der SED waren, ersuchten, in die damalige Bundesrepublik Deutschland überzusiedeln. Das wurde ja in einer Reihe von Fällen genehmigt, und nun stand die SED vor der Frage: Was macht man mit deren SED-Mitgliedschaft? Da hat man das Statut dahingehend geändert und die Möglichkeit der Streichung von der Mitgliederliste geschaffen. Man konnte den DDR-Bürger ja nicht auf staatlicher Ebene ausreisen lassen – legal – und ihn andererseits deswegen aus der SED ausschließen. Aber das war die einzige Abweichung von der klassischen Struktur einer kommunistischen Partei, die in der SED überhaupt erfolgt ist.

Unter solchen Umständen kann keine Rede davon sein, daß die DDR zu irgendeinem Zeitpunkt ein Rechtsstaat gewesen ist. Alle für die Entwicklung der DDR wesentlichen Beschlüsse wurden nirgendwo anders gefaßt als im Politbüro der SED oder im Sekretariat des ZK der SED. Ihre Umsetzung in staatliche Entscheidungen hatte allein den Zweck, diese Beschlüsse des Politbüros der SED für alle Staatsbürger bindend zu machen, also auch für jene, die nicht Mitglied der SED waren.

Man kann im Grunde genommen sagen: Die Verfassungstexte – das war 1949 noch ein bißchen anders, aber für die Verfassung von 1968 und insbesondere für die revidierte Verfassung von 1974 gilt das – waren weiter nichts als das in staatliche Norm umgesetzte Parteiprogramm der SED mit Verbindlichkeit nun für alle, nicht nur für Mitglieder der SED, sondern auch für die Bürger dieses Staates, die ihr nicht angehörten.

Das Recht hatte folglich in diesem System eine sehr begrenzte Funktion, und zwar eben nur im Rahmen des Systems. Es wurde dann auch grundsätzlich in der Literatur der damaligen DDR als – ich zitiere – „normatives Instrument“ der Leitung der Gesellschaft durch die SED betrachtet. Offen wurde von der SED betont – ich zitiere eine bestimmte Schrift –, daß die Politik der SED – wörtlich – „Wesen, Inhalt und Formen des Staates, der staatlichen Tätigkeit sowie des Rechts, seiner Anwendung und Verwirklichung“ bestimmt. Eine der SED besonders verpflichtete Rechtswissenschaft faßte diese Orientierung in die Worte – ich zitiere hier den als führenden Rechtstheoretiker der DDR geltenden Karl Polak wörtlich –: „Wir führen die Massen dahin, wohin sie gehen müssen...“ Das war nicht eine dumme Formulierung, sondern das war innere Überzeugung der SED-Leute und derjenigen, die so etwas geschrieben haben.

Man könnte praktisch sagen, wenn man historische Vergleiche sucht, daß das Recht in der DDR nach dem Prinzip funktionierte, das wir schon aus der Zeit der Fürstentümer und des Feudalismus kennen, nämlich nach dem Prinzip „princeps regibus solutis“ – man könnte das ganz frei übersetzen und sagen: „Der Souverän, also der Herrscher ist das Recht.“ Die SED ging hier noch ein

Schrittchen weiter. Sie verstand ihre Beschlüsse bewußt nicht als Rechtsquelle, sondern sie war die unmittelbare Macht.

Man könnte hier vielleicht zu dem Staatswesen „DDR“ noch hinzufügen: Die DDR war überhaupt kein normaler Staat wie beispielsweise Frankreich oder Polen, die unabhängig von ihrer jeweiligen Regierungsform, selbst wenn die Bürger dort diktatorische Verhältnisse hatten oder jetzt wieder – die Polen jetzt wieder, die Franzosen schon immer – rechtsstaatliche Verhältnisse, immer der Staat der gesamten Nation waren.

Das war die DDR nie, konnte sie auch nicht werden, sondern man mußte das wohl so formulieren, wie ich es schon vor vielen Jahren geschrieben habe: Die DDR ist von ihrer Entstehung wie von ihrer inneren und äußeren Entwicklung her nicht nur ein Staat in Deutschland, sondern auch sonst kein normaler Staat wie andere Staaten auch, etwa Frankreich oder Polen; sie ist vielmehr als Produkt und Instrument sowjetischer Deutschlandpolitik im Ergebnis des Ost-West-Konflikts in der Periode des Kalten Krieges entstanden und ist zugleich die Staat gewordene Organisation der Kommunisten in Deutschland. Als solche ist die DDR ein Produkt der stalinistischen Außen- und Deutschlandpolitik der Sowjetunion und selbst trotz mancher Modifikation ein in jeder Hinsicht stalinistisches System.

Man könnte bei dieser instrumentalen Rolle von Staat und Recht eigentlich nur fragen, warum man dann überhaupt an dem, was Herr Schenk vorhin als „parlamentarisch-demokratische Attrappe“ bezeichnet hat, an solchen Forminstitutionen festgehalten hat. Wenn man die Dokumente nicht nur der SED, sondern auch der Ideologen, auf die sie sich berufen hat, durchliest, müßte man eigentlich zu dem Schluß kommen: Wir brauchen gar kein Recht mehr; dann wäre man ungefähr auf dem Niveau des Islam angelangt, nur unter einem anderen Vorzeichen.

Wenn man über diese Frage nachdenkt, kommt man einfach zu dem Schluß: In der öffentlichen Meinung in West- und Mitteleuropa jedenfalls hat sich jetzt schon seit Jahrhunderten eben das parlamentarische System mit freien Wahlen als die Form der Legitimation durchgesetzt, so daß nicht einmal ein Staat, wie ihn die SED wollte, auf eine solche Legitimation – wenigstens in der Optik – verzichten konnte.

Die SED verstand sich aber auch nicht als isolierte nationale Partei, sondern als eine Sektion innerhalb der kommunistischen Weltbewegung, die früher von einem internationalen Zentrum, der Kommunistischen Internationale, später vom Kominformbüro und in den hier zu behandelnden sechziger und siebziger Jahren durchaus in Richtung auf die Kommunistische Partei der Sowjetunion gelenkt und geleitet wurde.

Allerdings mußte – und das ist die Kehrseite der ganzen Sache, die man bei der Analyse nicht unterschlagen darf – eine solche rigorose Übertragung der inneren Strukturen einer klassischen kommunistischen Partei auf die gesamte

Gesellschaft – und das ist ja das, was in der DDR passiert ist – zwangsläufig zur Folge haben, daß diese Partei nun auch selbst Gesellschaft wurde mit allen Konsequenzen für ihre innere Entwicklung. So legte die SED im Grunde genommen mit diesem Konzept der Gesellschaftsordnung selbst den Grund für zwangsläufig auftretende Abweichungen von den von ihr vorgegebenen Strukturen und Funktionen innerhalb und außerhalb der SED.

Für alles das liefern die Entwicklungen in diesen Jahren vielfältige Beispiele. Der Ausbau des Systems zunächst unter Ulbricht führte bekanntlich zur Massenflucht und zwang auf diese Weise zum Bau der Mauer.

Sie haben völlig recht, Herr Schenk, wenn Sie sagen, daß der Wissensstand in der DDR-Bevölkerung in vielen Dingen viel schlechter war als in Westdeutschland; aber daß die Mauer nicht wegen der Absicht der Bundeswehr gebaut worden ist, durch das Brandenburger Tor zu marschieren, wie es die SED-Propaganda gesagt hat, das war auch jedem DDR-Bürger völlig klar.

Mir hat damals Werner Lamberz vom Politbüro auf eine Frage, die ich an ihn gerichtet habe, gesagt: Das ist sicherlich eine politische Niederlage, was wir hier mit dem Bau der Mauer erleben; aber er selbst verband damit die Hoffnung: Das dauert vielleicht 20, 25 Jahre; dann sind die Verhältnisse in der DDR so stabil, daß wir die Mauer wieder abbauen können. – Wie die Wirklichkeit verlaufen ist, steht auf einem ganz anderen Blatt.

Die vorübergehende innere Stabilisierung der DDR, die die Errichtung der Mauer tatsächlich ermöglicht hat, erzwang und ermöglichte das „Neue Ökonomische System“, mit dem Ulbricht damals zugleich eine gewisse Eigenständigkeit der DDR – auch gegenüber Moskau – zu erreichen glaubte. Diese relative Abweichung rief aber Argwohn und Widerstand sowohl unter der Nomenklatura in der DDR als auch in Moskau hervor.

Ich will als Beispiel dafür anführen: Damals wurde über das „Neue Ökonomische System“ ein dickes Buch ausgearbeitet, das im Politbüro diskutiert worden ist. Wenn ich richtig informiert bin, ist man es Seite für Seite durchgegangen und hat darüber abgestimmt. Dieses Buch ist erschienen, und etwa vier Monate später – ich war gerade in Moskau – erschien dazu auf Seite zwei der „Prawda“ – das war das Parteiorgan der damaligen KPdSU – ein zweispaltiger Kommentar. In der linken Spalte wurde ungefähr sinngemäß gesagt: „Eine interessante, thesenreiche Arbeit!“ – Und in der zweiten Spalte wurden alle wichtigen Thesen in Frage gestellt.

Damit war eigentlich für uns schon ziemlich klar: Dieses System ist zu Ende; es geht bald zu Ende. Und das ist dann auch allmählich so gelaufen.

Honecker hat anfangs einen Kurs – ich glaube, ich zitiere ihn damit wörtlich aus dem Kopf – „des Gleichklangs mit Moskau“ verfolgt. Es ist ja vielleicht historisch interessant, daß beide Chefs der SED, Ulbricht wie Honecker, mit

der Beschwörung des Moskauer Vorbildes angefangen haben, am Ende davon aber immer abgekommen und darüber dann auch gestürzt sind.

Honecker hat das also am Anfang ebenfalls versucht, und diese Politik führte ihn ebenso zum Grundlagenvertrag mit der Bundesrepublik Deutschland unter Einschluß der sowjetischen Führung – er mußte diesen Weg gehen, sonst wäre Helsinki nicht machbar gewesen; hinzu kam dann der Berlin-Vertrag, auf den ich hier nicht eingehen will –, wie sie Honecker zur staatsstreichartigen Revision der Verfassung der DDR von 1968 veranlaßte, nämlich zur Streichung aller gesamtdeutschen Bezüge aus der Verfassung der DDR.

Hier kann ich persönlich sagen: Wir sind in der Akademie Babelsberg von dem damaligen Rektor Schüßler gefragt worden – ich persönlich auch –, ob das denn geht, daß man die Verfassung von 1968 durch ein einfaches Gesetz ändert. Ich habe damals zum Ausdruck gebracht, daß das formalrechtlich – also nach dem geltenden Verfassungsrecht – eigentlich ein Staatsstreich ist, denn bei aller geringen Bedeutung, die die Tatsache politisch hatte, daß die Verfassung der DDR von 1968 durch Volksentscheid angenommen worden ist, so war es doch ein Fakt, eine Tatsache, daß es damals eine Volksentscheidung gab, und in dieser Volksentscheidung wurde eine Verfassung angenommen, die sich zur Einheit der Nation und auch zum Ziel der Wiedervereinigung – wenn auch unter kommunistischem Vorzeichen – bekannte.

Nun wurde hier von Honecker der Versuch unternommen, das alles aus der Verfassung zu streichen. Wenn Sie in den Dokumenten der damaligen Volkskammer nachlesen, werden Sie in der Begründung – die Rede hat Honecker gehalten – kein Wort darüber finden, daß er die Verfassung von den gesamtdeutschen Bezügen befreit, sondern er hat gesagt: Das ist eine neue Entwicklungsperiode, Ausrichtung auf die Sowjetunion und dergleichen mehr. Aber praktisch wurde die Verfassung in einem essentiellen Punkt geändert – im Widerspruch zu dem Volksentscheid –, und das wurde durch ein einfaches Gesetz beschlossen. Die damalige Zusammensetzung der Volkskammer brachte natürlich keine Probleme für Honecker; die Mitglieder haben zugestimmt.

Bei uns in Babelsberg gab es einige wenige wie mich, die das nicht nur für einen Staatsstreich hielten, sondern ich habe dort auch – mir war völlig klar, daß juristische Argumentation nicht das Entscheidende in diesem Staat ist – meiner Überzeugung Ausdruck gegeben, daß jede Partei in Deutschland – ob sie nun kommunistisch, sozialdemokratisch, christlich-demokratisch oder wie immer sein will –, die das Ziel der Wiederherstellung der deutschen Einheit aufgibt, eine Partei ist, die sich selbst zum Untergang verurteilt. Nun, das hat natürlich zu meinem Weggang sehr viel beigetragen.

Vielleicht einige Beispiele praktischer Art, wie sich dieses System der SED und Staat und Recht als Instrumente dieses Systems abgespielt haben, und

zwar sowohl Beispiele ganz einfacher Art als auch Beispiele auf hoher politischer Ebene:

Für uns in der Akademie Babelsberg war wichtig, daß es im Zentralkomitee der SED, in diesem Haus, eine Abteilung „Staat und Recht“ gab, die wohl bis zuletzt von einem Dr. Klaus Sorgenicht geleitet wurde, der übrigens auch nicht aus dem Territorium der ehemaligen DDR, sondern aus Essen stammte. Alle wichtigen Beschlüsse, die auf dem Gebiet der Gesetzgebung der DDR – ganz gleich, ob Wirtschaftsrecht, ob Strafrecht oder dergleichen – gefaßt wurden, wurden in dieser Abteilung vorbereitet. Die Babelsberger Akademie stand unter ständiger Kontrolle dieser Abteilung „Staat und Recht“, und es gab sogenannte Nomenklaturkader des Zentralkomitees, das waren in Babelsberg drei Personen, nämlich der Rektor, der erste Prorektor und der SED-Sekretär der Babelsberger Akademie. Wenn das Nomenklaturkader des Zentralkomitees waren, dann heißt das einfach: diese drei Funktionen wurden vom Zentralkomitee selbst besetzt.

Eine andere, vielleicht wichtigere, auf der politischen Ebene liegende Angelegenheit war der Mauerbau 1961. Dazu möchte ich hier auch ein paar thesenartige Bemerkungen machen, die sich doch mit dem allgemeinen Bild, das man von dieser Entwicklung hat, nicht so ganz decken.

Der Mauerbau war – wie ich vorhin schon sagte – eine Reaktion auf die Krise der DDR. Ihr liefen praktisch ihre Bürger weg, und wenn einer Regierung das Volk wegläuft, ist es schlecht um die Regierung bestellt. Also gab es Überlegungen: Wie kann man das Volk wenigstens weitgehend behalten?

Die erste schärfere Reaktion darauf kam von Chruschtschow gegenüber Ulbricht. Es haben sich dann bei den Gesprächen zwischen Ulbricht und Chruschtschow drei Varianten für die Lösung des sogenannten Berlin-Problems herausgebildet. Die erste Variante bestand darin, die Westmächte aufzufordern, ihren Flugverkehr nach Berlin auf militärische Flüge zu beschränken und den Flugverkehr für die zivilen Passagiere ausschließlich über den Flughafen Schönefeld zu leiten. Das war die Hauptvariante, die Ulbricht vertreten hat. Diese Variante hätte es ermöglicht, eine totale Kontrolle des Verkehrs mit Ausnahme der westlichen Militäreinheiten nach West-Berlin zugunsten der DDR zu formieren, und man hätte keinen Mauerbau quer durch Berlin benötigt.

Die zweite Variante bestand darin, die Mauer quer durch Berlin zu bauen, aber an den ersten Tagen zu versuchen, das mit Stacheldraht zu machen; wenn der Westen so reagierte, daß er das auch nicht duldete, dann mußte man eben ein bißchen verhandeln und notfalls als Ausweichvariante die Mauer um Berlin herum bauen.

Zwischen dem 2. und 5. August 1961 fanden im Warschauer Pakt in Moskau Verhandlungen über diese Frage statt. Dort war das Verhältnis zwischen Partei, Staat und Recht etwas anderes als innerhalb der DDR. Es gab da schon

internationale Bedingungen – aus Ungarn war Kádár im Warschauer Pakt vertreten; das war ein ganz anderer Kommunistenführer, als es Ulbricht oder später Breschnew oder vorher Stalin waren –, und dort befeiligte man sich doch auch der völkerrechtlichen Formen.

Das Abstimmungsprinzip des Warschauer Paktes – also die Vertragsgrundlagen, ich habe das als Völkerrechtler vor vielen Jahren ausführlich analysiert, auch bei der Verlängerung 1985 wieder – war ein Einstimmigkeitsprinzip. Dort konnte eigentlich nach der formellen Regelung im Warschauer Pakt nichts beschlossen werden, wenn einer der Mitgliedsstaaten dagegen auftrat.

Chruschtschow hat dann Ulbricht, schon als er in Moskau eintraf, mitgeteilt: Deine Variante I – also Flughafen Schönefeld – geht nicht, weil die Amerikaner das nicht wollen.

Daraus ist mehreres ersichtlich. Erstens ist daraus ersichtlich, daß es darüber vorher Verhandlungen mit dem Westen gegeben hat. Zweitens ist daraus ersichtlich, daß es eine Legende, eine historische Legende ist, zu sagen: Wenn Kennedy weiter gegangen wäre, als er damals gegangen ist, hätte es Krieg gegeben. Mit anderem Vorzeichen hat Honecker ja das gleiche behauptet. Nichts dergleichen stimmt.

Die Westmächte haben drei Essentials aufgestellt; die hat Chruschtschow alle akzeptiert. Hätten die Westmächte ein viertes Essential aufgestellt, das da gelautet hätte, „Der freie Verkehr zwischen allen vier Sektoren der Stadt Berlin darf nicht gestört werden.“, hätte Chruschtschow ganz sicher auch das vierte Essential akzeptiert, und die Mauer durch Berlin wäre nicht gebaut worden.

Ich habe das zum 25. Jahrestag zum erstenmal im „Spiegel“ in einer Kolumne geschrieben; zwei Tage später hat der damalige amerikanische Präsident Reagan in einer Rede – ebenfalls zum 25. Jahrestag – gesagt: „Wir haben damals einen Fehler gemacht; wir hätten den Stacheldraht wegräumen müssen!“

Natürlich ist es richtig, wenn von den verschiedensten Seiten behauptet wird: Wenn die SED-Führung da nicht mitgemacht hätte, wäre eben sofort ein anderer an die Stelle von Ulbricht getreten. Natürlich waren die Machtverhältnisse so, aber das schließt nicht aus, daß man dagegen auftreten konnte. Lückenlos war das System jedenfalls nicht.

Ich habe meine These auch schriftlich vorgelegt und habe darin auf ein paar frühere Arbeiten von mir hingewiesen, nicht um zu zeigen, „Der hat ja viel veröffentlicht!“ – dann müßte ich Ihnen eine viel größere Liste vorlegen –, sondern mir geht es darum, auch mit diesen Thesen zu belegen: Die historische Wahrheit gebietet es, die Vergangenheitsbewältigung der DDR in jeder Hinsicht als eine gesamtdeutsche Angelegenheit zu betrachten! So lautet ja auch der Auftrag des Bundestages an die Enquete-Kommission. Das heißt aber auch, zu akzeptieren: Die DDR wäre nicht entstanden, sie hätte sich

nicht so entwickelt, wie sie sich entwickelt hat, und sie hätte nicht so lange bestanden, wie sie bestanden hat, wenn der Westen eine andere Politik in der deutschen Frage und gegenüber Osteuropa überhaupt betrieben hätte, als er es tatsächlich getan hat.

Die Hauptschwäche war meines Erachtens im Westen eine ausgesprochene Stabilitätsideologie. Hier muß ich noch einmal auf Herrn Diepgen zurückkommen; er hat auch von „falscher Ideologie“ gesprochen. Leider ist er nicht mehr hier. Aber eine „falsche Ideologie“ ist natürlich nicht möglich. Ideologie ist ja nur etwas, was zumindest in einem wesentlichen Element nicht mit der Realität übereinstimmt, sondern unwahr ist und nur aus einseitiger Interessensicht oder dergleichen betrachtet wird. Für die wissenschaftliche Analyse kann man einen solchen Ideologiebegriff überhaupt nicht akzeptieren.

Aber hier, in der Deutschlandpolitik, hat es auch in der damaligen Bundesrepublik eine ausgesprochene Ideologie der Stabilisierung und eine pragmatische Politik des Status quo gegeben. Daran hat die SED-Führung bis zuletzt – auch noch, als Honecker weg war – festgehalten, trotz dieser persönlichen Erklärung von Herrn Modrow, der hier im Saal sitzt: „Unser gemeinsames deutsches Vaterland.“ Ich will Ihnen nicht unterstellen, daß Sie das nicht ehrlich gemeint haben, aber es war, wie Sie selber gesagt haben, eine persönliche Erklärung; es war keine offizielle Erklärung der SED.

Ich möchte sagen, alle in der SED-Führung haben bis zuletzt, auch als sie in der deutschen Frage anfangen, etwas zu variieren, nur eines im Kopf gehabt: den Bestand der DDR unter allen Umständen zu bewahren. Damit fehlte die Bereitschaft, sich dem Votum des gesamtdeutschen Volkes zu stellen und einen demokratisch, rechtsstaatlich zustande gekommenen Staat zu akzeptieren.

Auf jeden Fall gab es auch in der alten Bundesrepublik nach dem Mauerbau keine offensive Wiedervereinigungspolitik mehr, sondern eine am Status quo orientierte pragmatische Politik. Folglich ist auch die staatliche Vereinigung, die wir dann nach der politischen Wende erreicht haben, eher ein unerwartetes Naturereignis denn das Resultat einer offensiven beständigen Wiedervereinigungspolitik gewesen.

Ich erwähne dies nicht aus nostalgischen Gründen oder historischer Rückschau, sondern weil ich glaube, daß auch hier eine der wesentlichen Ursachen für Fehlkalkulationen der heutigen Bundesrepublik über die ökonomische Situation der damaligen DDR liegt. Wir erleben ja ihre Auswirkungen bis heute.

Ich erwähne dies nicht zuletzt deshalb, weil es manchem in der alten Bundesrepublik, wie ich weiß, heute sehr schwerfällt, die sich aus solidarischer Verpflichtung notwendigerweise jetzt und für längere Zukunft ergebenden Opfer gegenüber den Deutschen in den neuen Bundesländern zu tragen. Vielleicht hilft es dabei ein wenig, wenn deutlich gemacht wird, daß die alten Bundesländer so lange so gut gelebt haben, weil sie den anderen Teil

Deutschlands mit einer Status-quo-Politik, mit Päckchen und Besuchsreisen zufriedenzustellen glaubten.

Man konnte es aber wissen – und als Juristen würden wir sagen: man mußte es bei sorgfältiger Prüfung wissen –, daß das zu kurz gegriffen ist, daß man eine längere Sicht im Auge haben muß, und man hätte dann anders vorbereitet in die Vereinigungsprozesse hineingehen können, als man praktisch hineingetreten ist. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank auch Ihnen, Herr Professor Seiffert! – Wir haben jetzt drei Referate zum gleichen Thema unter Berücksichtigung unterschiedlicher Zeitabschnitte gehört. Die Mitglieder der Enquete-Kommission haben jetzt – einschließlich der für die Antworten nötigen Zeit – eine gute halbe Stunde Zeit, Fragen zu dem Gehörten zu stellen. Der erste Fragesteller ist Herr Professor Soell!

Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Meine Frage richtet sich an Herrn Seiffert und betrifft insbesondere seine These, wenn der Westen 1961 ein viertes Essential aufgestellt hätte, dann hätte es keine Mauer durch Berlin gegeben.

Meine Frage an Sie: Reicht der Schluß, den Sie aus der Äußerung Chruschtschows gezogen haben, die Sie zitiert haben, aus, um eine solche These zu formulieren, wenn man die Gesamtpolitik Chruschtschows einbezieht – sein riskantes Manöver ein Jahr später in Kuba, bei dem er dann einen Teil zurückgewichen ist, mit dem er aber, was meist verschwiegen wird, natürlich auch Erhebliches bekommen hat?

Erstens: Amerikanische Mittelstreckenraketen in der Türkei sind abgebaut worden, die sowjetischen Mittelstreckenraketen alter Art – SS 5, SS 6 – blieben zunächst dort und wurden später sogar durch die SS 20 „modernisiert“. Zweitens hat er eine Garantie bekommen, daß die USA nicht mehr so etwas unternehmen würden wie wenige Monate vor dem Berlin-Ereignis in der Schweinebucht, als dort nämlich eine Landung von Exilkubanern stattfand, unterstützt durch die CIA. Daß das alles künftig nicht mehr stattfinden sollte, wurde ihm garantiert.

Wenn man das bedenkt und überlegt, was der Westen in Berlin – außer den drei Essentials für West-Berlin – hätte geben können, muß man sich natürlich fragen, was der Westen in diesem System von Geben und Nehmen unter dem nuklearen Patt hätte weggeben können. Dazu müßte man wohl die amerikanischen Dokumente studieren, soweit sie freigegeben sind.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Dr. Müller, bitte!

Abg. Dr. Müller (CDU/CSU): Ich habe zu einem ganz anderen Thema eine Frage an Herrn Professor Weber.

Herr Professor Weber, Sie haben in Ihrem Referat davon gesprochen, daß es nach dem Krieg – 1947, 1948 – an der Parteihochschule eine gewisse Liberalität in dem Sinne gegeben habe, daß man alle möglichen